

AMTSBLATT



FÜR DEN LANDKREIS UND DIE STADT EICHSTÄTT

Gemeinsam herausgegeben vom Landkreis und der Stadt Eichstätt
85072 Eichstätt
Druck: Hausdruck Landratsamt

Freitag, 15.05.26

Nr. 19

2026

Inhalt:

- 125 Manövermeldung
- 126 Sitzung des Kreistages am 18.05.2026
- 127 Geschäftsordnung des Kreistags Eichstätt
- 128 Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürger
- 129 Nachruf: Ehrenkreisbrandmeister Walter Müller
- 130 Stadt Eichstätt: Bekanntmachung nach §§ 42 Abs. 3, 50 Abs. 5 des Bundesmeldegesetzes (BMG) über das Widerspruchsrecht gegen Melderegisterauskünfte
- 131 Stadt Eichstätt: Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 08.05.2026
- 132 Markt Gaimersheim: Amtliche Bekanntmachung der Geschäftsordnung für den Marktgemeinderat Gaimersheim
- 133 Markt Gaimersheim: Bekanntmachung: Satzung zur Regelung der Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts des Marktes Gaimersheim
- 134 Zweckverband zur Wasserversorgung Denkendorf-Kipfenberg: Haushaltssatzung 2026

Bekanntmachungen des Landratsamtes

125 Manövermeldung

Sehr geehrte Damen und Herren,

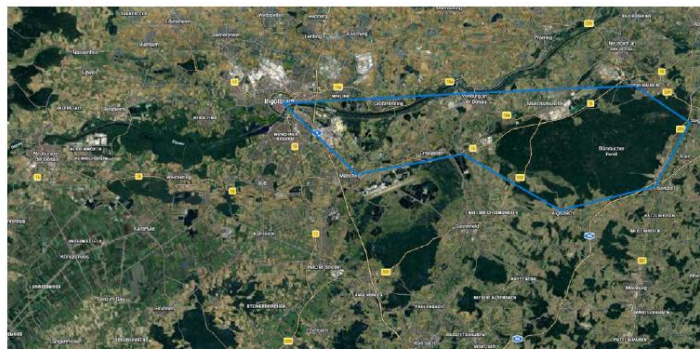
in der Zeit von 27.05.2026 bis 28.05.2026 führt die Bundeswehr im Gemeindebereich Großmehring eine Wehrübung durch.

Es werden ca. 50 Soldaten sowie 4 Fahrzeuge an der Übung teilnehmen.

Ersatzansprüche für evtl. Schäden durch die Bundeswehr sind über die Gemeinde bei der Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Ingolstadt, Manchinger Str. 1, zu melden.

Die Gemeinden werden gebeten, für die ortsübliche Bekanntmachung (ggf. auch in abgelegenen Gemeindeteilen und Gehöften) und die Verständigung der Jagdberechtigten zu sorgen und auf die Fristen (umgehend nach Bekanntwerden) für die Anmeldung von Manöverschäden hinzuweisen.

Der Bevölkerung wird nahegelegt, sich von den Einrichtungen der übenden Truppen fernzuhalten. Die Bestimmungen über Räum- und Fundmunition und die einschlägigen Strafbestimmungen sind zu beachten.



126 Sitzung des Kreistages am 18.05.2026

Am Montag, 18.05.2026, um 16:00 Uhr
findet im großen Sitzungssaal des Landratsamtes
Eichstätt, Zi.-Nr. 101, Residenzplatz 1, 85072 Eichstätt
eine

Sitzung des Kreistages

mit folgender Tagesordnung statt:

- 1 Kliniken im Naturpark Altmühltal, Kommunalunternehmen des Landkreises Eichstätt; AGENDA 2030: Sachstand und Perspektiven
- 2 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Anetsberger
Landrat

127 Geschäftsordnung des Kreistags Eichstätt

Vorbemerkung:

Die Gleichbehandlung der Geschlechter bzw. die Verwendung von geschlechtsneutralen Formulierungen wurde in dieser Geschäftsordnung nicht ausdrücklich berücksichtigt. Die in dieser Geschäftsordnung in männlicher Form gewählten Bezeichnungen dienen der Lesbarkeit der Geschäftsordnung und schließen auch die weiblichen Vertreter und die Personengruppe Divers der entsprechenden Ämter, Berufsgruppen usw. ein.

Inhaltsübersicht

I. Teil

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Umfang der Verwaltung des Landkreises
- § 2 Organe des Landkreises
- § 3 Kreistag
- § 4 Zuständigkeiten
- § 5 Beschlussfassung
- § 6 Allgemeine Pflichten der Kreisräte; Verlust des Amtes

**II. Teil
Sitzungen**

- § 7 Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht
- § 8 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht
- § 9 Aufwandsentschädigung
- § 10 Zusammensetzung des Kreistags, Anzahl der Sitzungen
- § 11 Öffentliche Sitzungen
- § 12 Ausschluss der Öffentlichkeit
- § 13 Nichtöffentliche Sitzungen
- § 14 Form der Sitzung
- § 14a Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung

**III. Teil
Geschäftsgang**

- § 15 Ladung
- § 16 Tagesordnung
- § 17 Antragstellung
- § 18 Beiziehung von Bediensteten des Landratsamts
- § 19 Sitzungsablauf

**Geschäftsordnung des Kreistags Eichstätt
(einschließlich Richtlinien gemäß Art. 34 Abs. 1 Satz 2 LKrO)**

Der Kreistag des Landkreises Eichstätt erlässt aufgrund des Art. 40 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) die folgende Geschäftsordnung (GeschO):

I. Teil

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Umfang der Verwaltung des Landkreises

(1) Die Verwaltung des Landkreises erstreckt sich auf alle auf das Kreisgebiet (Art. 7 LKrO) beschränkten öffentlichen Aufgaben, die über die Zuständigkeit oder das Leistungsvermögen der kreisangehörigen Gemeinden hinausgehen, soweit es sich nicht um Staatsaufgaben handelt (Art. 4 LKrO).

(2) Die Verwaltungstätigkeit im Landkreis muss mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Bayerischen Verfassung und den Gesetzen im Einklang stehen. Sie darf nur von sachlichen Gesichtspunkten geleitet sein (Art. 50 LKrO).

- § 20 Vorsitz, Handhabung der Ordnung
- § 21 Beschlussfähigkeit
- § 22 Beratung
- § 23 Beschlüsse, Wahlen
- § 24 Abstimmung
- § 25 Anfragen
- § 26 Niederschrift
- § 27 Einsichtnahme durch Kreisräte, Abschriften
- § 28 Einsichtnahme durch Kreisbürger

**IV. Teil
Kreistag**

- § 29 Zuständigkeit des Kreistags; Fraktionen

**V. Teil
Ausschüsse**

- § 30 Vorarbeit für den Kreistag durch den Kreisausschuss
- § 31 Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses
- § 32 Einberufung des Kreisausschusses
- § 33 Bestellung des Kreisausschusses
- § 34 Jugendhilfeausschuss
- § 35 Rechnungsprüfungsausschuss
- § 36 Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft, ÖPNV und Mobilität
- § 37 Natur-, Umwelt- und Klimaausschuss
- § 37a Ausschuss für Soziales
- § 38 Geschäftsgang der Ausschüsse

**VI. Teil
Landrat und Stellvertreter**

- § 39 Zuständigkeit des Landrats
- § 40 Einzelne Aufgaben des Landrats
- § 41 Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben
- § 42 Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte
- § 43 Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamts
- § 44 Vollzug der Staatsaufgaben
- § 45 Stellvertreter des Landrats

**VII. Teil
Landratsamt**

- § 46 Landratsamt

**VIII. Teil
Schlussbestimmung**

- § 47 Inkrafttreten

§ 2

Organe des Landkreises

(1) Die Verwaltung des Landkreises (Art. 22 LKrO) erfolgt für alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises durch

1. den Kreistag (Art. 23 LKrO),
2. den Kreisausschuss (Art. 26 LKrO),
3. den Jugendhilfeausschuss (§ 70 Abs. 1 und § 71 SGB VIII, Art. 17 ff. AGSG),
4. den Rechnungsprüfungsausschuss (Art. 89 Abs. 2 LKrO),
5. den Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft, ÖPNV und Mobilität (Art. 29 LKrO),
6. den Natur-, Umwelt- und Klimaausschuss (Art. 29 LKrO),
7. den Landrat (Art. 34, 38 Abs. 2 LKrO).

Das Landratsamt ist bei der Verwaltung des Landkreises Kreisbehörde (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 LKrO).

(2) Die Verwaltung der Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde (Kreisverwaltungsbehörde, Art. 1 Satz 2 LKrO) erfolgt durch das Landratsamt in seiner Eigenschaft als Staatsbehörde (Art. 37 Abs. 1 Satz 2 LKrO). Diese Aufgaben sind der Behandlung durch den Kreistag und die Ausschüsse entzogen.

§ 3**Kreistag**

Der Kreistag ist die durch Wahlen berufene Vertretung der Kreisbürger (Art. 23 LKrO). Er überwacht die gesamte Kreisverwaltung in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises (Art. 5, 51 LKrO) und des übertragenen Wirkungskreises (Art. 6, 53 LKrO).

§ 4**Zuständigkeiten**

Die Zuständigkeiten des Kreistags, der Ausschüsse und des Landrats richten sich nach den Gesetzen und den folgenden Bestimmungen dieser Geschäftsordnung.

§ 5**Beschlussfassung**

(1) Die Willensbildung des Kreistags und der Ausschüsse erfolgt durch Beratung und Beschlussfassung.

(2) Jede Beschlussfassung setzt einen Antrag voraus.

§ 6**Allgemeine Pflichten der Kreisräte; Verlust des Amtes**

(1) Die Kreisräte sind ehrenamtlich tätig (Art. 13, 24 Abs. 2 Satz 3 LKrO). Sie sind zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten verpflichtet (Art. 14 Abs. 1 LKrO). Sie haben über die ihnen bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, dass es sich um Mitteilungen im amtlichen Verkehr oder um Tatsachen handelt, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen (Art. 14 Abs. 2 Satz 1 LKrO). Sie dürfen die Kenntnis der nach Satz 1 geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten (Art. 14 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung des Ehrenamtes fort (Art. 14 Abs. 2 Satz 4 LKrO).

(2) Kreisräte dürfen ohne Genehmigung über Angelegenheiten, über die sie Verschwiegenheit zu bewahren haben, weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben (Art. 14 Abs. 3 Satz 1 LKrO).

(3) Schuldhaftige Zuwiderhandlungen gegen Verpflichtungen der Absätze 1 oder 2 können durch den Kreistag im Einzelfall mit Ordnungsgeld bis zu 250 €, bei unbefugter Offenbarung personenbezogener Daten bis zu 500 €, geahndet werden (Art. 14 Abs. 4 LKrO). Die Verantwortlichkeit nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleibt unberührt.

(4) Auf die übrigen Bestimmungen des Art. 14 Absätze 2 bis 4 LKrO wird hingewiesen.

(5) Die Kreisräte können außer der Teilnahme an den Beratungen und Abstimmungen Geschäfte nur übernehmen, soweit sie ihnen vom Kreistag oder einem Ausschuss ausdrücklich zur Bearbeitung oder Erledigung übertragen sind (Art. 42 Abs. 1 Satz 1 LKrO).

(6) Das Amt eines Kreisrats endet mit dem Ablauf der Wahlzeit (Art. 23 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes – GLKrWG). Abgesehen davon verliert ein Kreisrat sein Amt wenn er die Wählbarkeit in den Kreistag verliert (Art. 48 Abs. 1 GLKrWG).

**II. Teil
Sitzungen****§ 7****Sitzungszwang, Teilnahme- und Abstimmungspflicht**

(1) Der Kreistag beschließt nur in Sitzungen (Art. 41 Abs. 1 LKrO).

(2) Die Kreisräte sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen und die ihnen zugewiesenen Geschäfte (auch als Verbandsräte in Zweckverbänden, Mitglieder in Aufsichtsräten und dgl.) zu übernehmen und auszuüben. Im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen darf sich niemand der Stimme enthalten (vgl. auch Art. 42 LKrO).

(3) Gegen Kreisräte, die sich ihren Verpflichtungen nach Absatz 2 ohne genügende Entschuldigung entziehen, kann der Kreistag Ordnungsgeld bis zu 250 € im Einzelfall verhängen (Art. 42 Abs. 2 LKrO). Die Entscheidung, ob die Entschuldigung genügt, obliegt dem Kreistag.

§ 8**Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, beschränktes Vertretungsrecht**

(1) Mitglieder des Kreistags können an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihnen selbst, einem Angehörigen (Art. 20 Abs. 5 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes) oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person oder sonstigen Vereinigung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Kreistags in anderer als öffentlicher Eigenschaft (als Amtsperson) ein Gutachten abgegeben hat (Art. 43 Abs. 1 LKrO). Mitglieder des Kreistags, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Wahlen und für Beschlüsse, mit denen der Kreistag eine Person zum Mitglied eines Ausschusses bestellt oder sie zur Wahrnehmung von Interessen des Landkreises in eine andere Einrichtung entsendet, dafür vorschlägt oder daraus abberuft.

(3) Ob diese Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, entscheidet der Kreistag ohne Mitwirkung des persönlich Beteiligten (Art. 43 Abs. 3 LKrO); der Kreistag trifft dabei eine Rechtsentscheidung. Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Kreisrats an der Abstimmung hat die Ungültigkeit des Beschlusses nur dann zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war (Art. 43 Abs. 4 LKrO).

(4) Kreisräte dürfen Ansprüche Dritter gegen den Landkreis nur als gesetzliche Vertreter geltend machen (Art. 44 LKrO).

§ 9**Aufwandsentschädigung**

(1) Die Kreisräte und sonstigen ehrenamtlich tätigen Kreisbürger haben Anspruch auf angemessene Entschädigung und Ersatzleistungen (Art. 14a LKrO). Sie richten sich nach der Satzung über die Entschädigung der Kreisräte und der sonstigen ehrenamtlich tätigen Kreisbürger.

(2) Soweit die Entschädigung und/oder die Ersatzleistung abhängig ist von einer Teilnahme an einer Sitzung, erfolgt der Nachweis hierüber durch Eintragung in die Anwesenheitsliste, durch Namensaufruf oder Feststellung in die Niederschrift.

§ 10**Zusammensetzung des Kreistags, Anzahl der Sitzungen**

(1) Der Kreistag des Landkreises Eichstätt besteht aus dem Landrat und 60 Kreisräten (Art. 24 LKrO).

(2) Kreistagssitzungen finden nach Bedarf statt.

(3) In dringenden Fällen kann der Kreistag zu außerordentlichen Sitzungen einberufen werden. Er ist einzuberufen, wenn es der Kreisausschuss oder ein Drittel der Kreisräte unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes beantragt (Art. 25 Abs. Satz 2 LKrO). In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 25 Satz 3 LKrO).

§ 11**Öffentliche Sitzungen**

(1) Die Sitzungen des Kreistags sind grundsätzlich öffentlich und haben in einem der Allgemeinheit zugänglichen Raum stattzufinden (Art. 46 Abs. 1 und 4 LKrO).

(2) Zu den öffentlichen Sitzungen hat jedermann Zutritt, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls wird die Zulassung durch Ausgabe von Platzkarten geregelt. Für die Medien müssen stets Plätze freigehalten werden.

(3) Zuhörer haben kein Recht, in irgendeiner Form in den Gang der Verhandlungen einzugreifen. Der Vorsitzende ist berechtigt, Zuhörer, welche die Ordnung stören, entfernen zu lassen (Art. 47 Abs. 1 Satz 2 LKrO).

(4) Aufnahmen in Ton oder Bild sind nach vorheriger Zustimmung des Vorsitzenden und des Kreistags nur erlaubt, soweit dadurch die Ordnung nicht gestört wird; Abs. 3 gilt sinngemäß. Der Vorsitzende kann die Aufnahmedauer zur Sicherstellung eines geordneten Sitzungsablaufs beschränken. Sitzungsteilnehmer können verlangen, dass während ihres Redebeitrags Aufnahmen unterbleiben. Aufnahmen von Zuhörern bedürfen ihrer vorherigen Einwilligung.

§ 12

Ausschluss der Öffentlichkeit

(1) Der Kreistag schließt die Öffentlichkeit von der Sitzung aus, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche einzelner der öffentlichen Behandlung entgegenstehen (Art. 46 Abs. 2 Satz 1 LKrO).

(2) Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden (Art. 46 Abs. 2 Satz 2 LKrO).

(3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der Landrat oder ein von ihm Beauftragter der Öffentlichkeit in einer späteren öffentlichen Kreistagssitzung oder in anderer geeigneter Weise bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (vgl. Art. 46 Abs. 3 LKrO).

§ 13

Nichtöffentliche Sitzung

Grundsätzlich sind in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln:

1. Grundstücksangelegenheiten,
2. Vergabe von Bau- und sonstigen Aufträgen und Konzessionen,
3. Personalangelegenheiten,
4. Sparkassenangelegenheiten,
5. Angelegenheiten, die dem Steuer- oder Sozialgeheimnis unterliegen,

es sei denn, dass im Einzelfall Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnete Ansprüche einzelner nicht entgegenstehen (vgl. Art. 46 Abs. 2 Satz 1 LKrO).

§ 14

Form der Sitzung

Die äußere Form der Sitzungen ist würdig zu gestalten. Die Kreisräte sind gehalten, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen.

§ 14a

Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung

(1) Kreisräte können an den im Großen Sitzungssaal des Landratsamts stattfindenden Sitzungen der Ausschüsse (§§ 30 ff.) mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen (Art. 41a Abs. 1 Satz 1, 3, 6, Abs. 3 LKrO). Die Teilnahme setzt voraus, dass die Absicht der Teilnahme bis spätestens 48 Stunden vor Sitzungsbeginn der Kreisverwaltung angezeigt wird; bei Sitzungen, die an einem Montag stattfinden, bedarf es der Anzeige bis spätestens montags 8 Uhr.

(2) Die Möglichkeit einer Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung ist ausgeschlossen,

1. wenn das vom Landrat in der Ladung festgestellt wird,
2. wenn das spätestens am 4. Tag vor der Sitzung von mindestens einem Drittel der Ausschussmitglieder gegenüber dem Landrat verlangt wird oder
3. soweit die Sitzung als solche oder Beratungsgegenstände nach Art. 50a Abs. 2 LKrO zu beachtenden Verwaltungsvorschriften und Richtlinien der Geheimhaltung unterliegen (Art. 41a Abs. 2 LKrO).

(3) Der Landkreis stellt den Kreisräten die Plattform zur audiovisuellen Zuschaltung zur Verfügung. Art. 41 a Abs. 4 und 5 LKrO bleiben unberührt.

III. Teil Geschäftsgang

§ 15

Ladung

(1) Die Einberufung der Kreistagssitzungen erfolgt durch den Landrat. Der Kreistag ist einzuberufen, wenn es der Kreisausschuss oder ein Drittel der Kreisräte unter Bezeichnung des Beratungsgegenstands schriftlich oder elektronisch beantragt. In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 25 LKrO).

(2) Die Kreisräte werden zu den Sitzungen elektronisch geladen. Der Sitzungstermin, der Sitzungsort und die Tagesordnung oder der Link zum Abruf der Tagesordnung werden durch eine E-Mail mitgeteilt. Gleichzeitig wird die Tagesordnung in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Kreistagsinformationssystem) als abrufbares nicht veränderbares Dokument eingestellt. Ist eine elektronische Sitzungsladung seitens des Landkreises ausnahmsweise technisch oder rechtlich unmöglich, erfolgt die Ladung schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung.

(3) Die elektronische Ladung gilt als zugegangen, wenn die in Abs. 2 Satz 2 genannte E-Mail im elektronischen Briefkasten des Empfängers oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen ist, oder die Tagesordnung im Kreisinformationssystem eingestellt wurde und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist.

(4) Die Ladung hat den Kreisräten spätestens am 7. Tage vor der Sitzung zuzugehen. In dringenden Fällen kann diese Frist bis auf den 3. Tag vor der Sitzung abgekürzt werden.

(5) Der Tagesordnung werden alle Unterlagen beigelegt, die für die Vorbereitung der Beratungen notwendig sind und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit nicht entgegenstehen.

(6) Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Kreistagssitzungen sind spätestens am 5. Tag vor der Sitzung öffentlich bekannt zu machen (Art. 46 Abs. 1 LKrO).

§ 16

Tagesordnung

Der Landrat stellt die Tagesordnung der Kreistagssitzung auf und bereitet die Beratungsgegenstände vor (Art. 25 Abs. 1 Satz 1 LKrO).

§ 17

Antragstellung

(1) Anträge, die in einer Kreistagssitzung behandelt werden sollen, können nur von Mitgliedern des Kreistags gestellt werden. Sie sind elektronisch beim Landrat einzureichen und ausreichend zu begründen. Sie müssen spätestens bis zum 14. Tag vor der Sitzung beim Landrat eingereicht werden.

(2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn entweder die Angelegenheit dringlich ist und der Kreistag der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder sämtliche Mitglieder des Kreistages anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht. Anträge nach Satz 1, die noch Ermittlungen und Prüfungen, Beiziehung von Akten oder die Befragung nicht anwesender Sachbearbeiter oder sonstiger Personen notwendig machen, werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

(3) Nicht der Schriftform bedürfen

1. Anträge zur Geschäftsordnung wie z.B.
 - a) Schließung der Rednerliste,
 - b) Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung,
 - c) Vertagung eines Tagesordnungspunkts,
 - d) Nichtbehandlung eines Tagesordnungspunkts (Gegenstands),
 - e) Verweisung in einen Ausschuss,
 - f) Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - g) Verweisung eines Tagesordnungspunkts auf eine nichtöffentliche Sitzung,
 - h) Einwendungen zur Geschäftsordnung;
2. einfache Sachanträge wie z.B.

- a) Änderungsanträge während der Debatte,
- b) Zurückziehung von Anträgen,
- c) Wiederaufnahme zurückgezogener Anträge.

(4) Anträge, die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben verursachen, sollen nur gestellt werden, wenn gleichzeitig Deckungsvorschläge gemacht werden (Art. 60 Abs. 1 LKrO).

(5) Anträge von Mitgliedern des Kreistags, für deren Behandlung ein Ausschuss zuständig ist, sind vom Landrat in den zur Behandlung zuständigen Ausschuss zu verweisen.

(6) Anträge betreffend Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit des Kreistags fallen (z.B. staatliche oder allgemeinpolitische Angelegenheiten) und Anträge, die rechtsmissbräuchlich sind (z.B. ständige Wiederholungen von Anträgen zur gleichen Angelegenheit), werden vom Landrat als unzulässig zurückgewiesen und nicht in die Tagesordnung aufgenommen; darüber informiert der Landrat den Antragsteller. Bei allen sonstigen Anträgen (mit Ausnahme von Anträgen nach Abs. 3) beschließt der Kreistag nach Vorstellung des Antrags durch den Antragsteller und ggf. anschließender Beratung zunächst, ob dieser vom Landrat weiterverfolgt wird.

§ 18

Beziehung von Bediensteten des Landratsamts

(1) Der Landrat kann nach seinem Ermessen Bedienstete des Landratsamts oder sonstige Auskunftspersonen zu den Sitzungen des Kreistags beiziehen, die gehört werden können.

(2) Ein dem Landratsamt zugewiesener juristischer Staatsbeamter soll grundsätzlich als juristischer Sachverständiger zu den Sitzungen zugezogen werden (Art. 37 Abs. 3 Sätze 1 und 2 LKrO).

§ 19

Sitzungsablauf

(1) Der Ablauf der Kreistagssitzungen ist regelmäßig wie folgt:

1. Eröffnung der Sitzung,
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit,
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit des Kreistags (§ 21 GeschO),
4. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen, erforderlichenfalls Beratung und Beschlussfassung hierüber,
5. Beratung und Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkte unter Zugrundelegung evtl. Ausschussbeschlüsse,
6. Bekanntgabe über Anordnungen oder über die Besorgung unaufschiebbarer Geschäfte durch den Landrat an Stelle des Kreistags gemäß Art. 34 Abs. 3 LKrO,
7. Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden.

(2) Anträge und Anfragen sind im Rahmen der Geschäftsordnung in der Reihenfolge ihres Eingangs zu behandeln.

§ 20

Vorsitz, Handhabung der Ordnung

(1) Den Vorsitz im Kreistag führt der Landrat (Art. 33 LKrO). Ist der Landrat verhindert oder persönlich beteiligt, so vertritt ihn sein gewählter Stellvertreter (Art. 32 LKrO). Ist auch dieser verhindert, so gilt § 45 Abs. 3 Buchst. a GeschO.

(2) Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und handhabt die Ordnung im Sitzungsraum.

(3) Der Vorsitzende kann mit Zustimmung des Kreistags gegen Kreisräte, welche im Rahmen einer Sitzung die Ordnung erheblich stören, ein Ordnungsgeld bis zu 500 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 1.000 Euro, festsetzen. Ein Wiederholungsfall im Sinne von Satz 1 liegt vor, wenn gegenüber dem Mitglied innerhalb derselben Sitzung bereits ein Ordnungsgeld festgesetzt wurde (Art. 47 Abs. 3 LKrO).

(4) Der Vorsitzende ist berechtigt, Kreisräte mit Zustimmung des Kreistags von der Sitzung auszuschließen, wenn sie die Ordnung fortgesetzt erheblich stören (Art. 47 Abs. 1 Satz 3 LKrO).

(5) Wird durch einen bereits von einer früheren Sitzung ausgeschlossenen Kreisrat die Ordnung innerhalb von zwei Monaten neuerlich erheblich gestört, so kann ihm der Kreistag für zwei weitere Sitzungen die Teilnahme untersagen (Art. 47 Abs. 2 LKrO).

(6) Falls die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wieder herzustellen ist, kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder aufheben. Zum äußeren Zeichen der Unterbrechung oder Aufhebung verlässt der Vorsitzende den Sitzungsraum, nachdem er die Sitzung geschlossen oder die Dauer der Unterbrechung angekündigt hat. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Ladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt, an dem die Sitzung unterbrochen wurde, fortzusetzen.

(7) Während der Sitzungen ist den Kreisräten das Telefonieren, Filmen und Fotografieren nicht gestattet. Mitgeführte Mobiltelefone sind stumm- oder auszuschalten.

§ 21

Beschlussfähigkeit

(1) Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 41 Abs. 2 LKrO).

(2) Wird der Kreistag wegen Beschlussunfähigkeit aufgrund fehlender Anwesenheitsmehrheit zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Regelung des Art. 41 Abs. 3 Satz 1 LKrO hingewiesen werden.

§ 22

Beratung

(1) Ein Kreisrat oder ein Bediensteter des Landratsamts darf im Kreistag nur dann sprechen, wenn ihm vom Vorsitzenden das Wort erteilt ist. Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldung, bei gleichzeitiger Wortmeldung nach seinem Ermessen. Bei Wortmeldung „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe im Anschluss an einen laufenden Redebeitrag sofort zu erteilen. Der Vorsitzende kann in Ausübung seines Amtes jederzeit das Wort ergreifen.

(2) Die Anrede ist nur an den Vorsitzenden und an die Kreisräte, nicht an die Zuhörer zu richten.

(3) Jede Beratung setzt einen Tagesordnungspunkt oder einen Antrag aus der Mitte des Kreistags voraus.

(4) Sachanträge sind stets, Anträge zur Geschäftsordnung bei Bedarf zur Beratung zu stellen.

(5) Es darf nur zu dem zur Beratung stehenden Antrag oder Tagesordnungspunkt und mit einer angemessenen Redezeit gesprochen werden. Andernfalls kann der Vorsitzende das Wort entziehen.

(6) Während der Beratung über einen Antrag oder Tagesordnungspunkt sind nur zulässig

1. Geschäftsordnungsanträge,
2. Zusatzanträge, Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung.

(7) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und die Abstimmung nicht mehr aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind.

(8) Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen. Sind diese Anträge Anträge auf Schließung der Rednerliste oder auf Schluss der Beratung (vgl. § 17 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a bzw. b GeschO) und ist der Antrag von Erfolg, haben der Vorsitzende und der Antragsteller zur Sache das Recht zur Schlussäußerung.

(9) Bei Verletzung der vorstehenden Grundregeln für die Beratung ist der Vorsitzende berechtigt, zur Ordnung zu rufen, auf den Verstoß aufmerksam zu machen und bei Nichtbeachtung solcher Warnungen das Wort zu entziehen.

(10) Ist der Landrat der Auffassung, dass ein in die Tagesordnung aufgenommener Antrag rechtlich (z.B. wegen fehlender Zuständigkeit des Kreistags) unzulässig ist, so hat er bei Aufruf des Tagesordnungspunktes auf seine Bedenken hinzuweisen. Jedes Mitglied des Kreistags

(einschließlich des Vorsitzenden) kann einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung gemäß § 17 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. d GeschO stellen. Dieser Antrag soll kurz begründet werden. Findet eine Beratung über diesen Geschäftsordnungsantrag statt, so muss sie sich auf die Zulässigkeit des Hauptantrags beschränken. Über einen Antrag auf Schluss der Beratung über diesen Geschäftsordnungsantrag ist sofort abzustimmen.

§ 23

Beschlüsse, Wahlen

(1) Beschlüsse des Kreistags werden in offener Abstimmung mit Mehrheit der Abstimmenden gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 45 Abs. 1 LKrO).

(2) Wahlen werden in geheimer Abstimmung nach Maßgabe des Art. 45 Abs. 3 LKrO vorgenommen. Sie sind nur dann gültig, wenn sämtliche Mitglieder unter Angabe des Gegenstandes geladen sind und die Mehrheit von ihnen anwesend und stimmberechtigt ist. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Neben Neinstimmen und leeren Stimmzetteln gelten auch solche Stimmzettel als ungültig, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig erkennen lassen. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, so erfolgt Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen. Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

(3) Ein Verzicht auf das Wahlgeheimnis ist unzulässig.

§ 24

Abstimmung

(1) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so gilt folgende Reihenfolge:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Beschlüsse des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse zu dem Beratungsgegenstand,
3. weitergehende Anträge; dabei sind nur solche Anträge als weitergehend anzusehen, die einen größeren Aufwand oder eine stärker einschneidende Maßnahme zum Gegenstand haben,
4. zuerst gestellte Anträge, wenn später gestellte nicht unter Nr. 1 bis 3 fallen.

(2) Vor jeder Abstimmung ist der Antrag, über den abgestimmt werden soll, vom Vorsitzenden zu wiederholen.

(3) Es wird grundsätzlich durch Handaufheben abgestimmt.

(4) Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der anwesenden Kreisräte ist namentlich abzustimmen.

(5) Jedes Mitglied des Kreistags kann verlangen, dass in der Niederschrift vermerkt wird, wie es abgestimmt hat (Art. 48 Abs. 1 LKrO).

(6) Die Stimmzählung ist durch den Vorsitzenden vorzunehmen. Das Abstimmungsergebnis ist dem Kreistag bekannt zu geben.

§ 25

Anfragen

(1) Jeder Kreisrat ist berechtigt, während einer Beratung Anfragen zur Sache an den Vorsitzenden und mit dessen Zustimmung an anwesende Bedienstete des Landratsamts zu richten. Solche Anfragen werden nicht zur Beratung gestellt.

(2) Der Befragte kann mit Zustimmung des Vorsitzenden die sofortige Beantwortung einer Anfrage ablehnen, wenn der Gegenstand erst durch Aktenprüfung oder Nachforschungen geklärt werden muss.

§ 26

Niederschrift

(1) Über jede Kreistagssitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Für die Niederschrift ist der Vorsitzende verantwortlich. Er bestimmt den Schriftführer.

(2) Die Niederschrift soll den zeitlichen Ablauf der Sitzung zusammenfassend wiedergeben (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 LKrO).

(3) Die Niederschrift muss ersehen lassen

1. Tag, Ort und Beginn der Sitzung,
2. Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Sitzung,
3. Namen der anwesenden Kreisräte,
4. Tagesordnung und behandelte Gegenstände,
5. Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
6. Abstimmungsergebnis,
7. Zeit und Grund des etwaigen Ausschlusses eines Kreisrats,
8. Zeitpunkt der Beendigung der Sitzung.

(4) Die Niederschrift ist nach Fertigstellung durch den Vorsitzenden und den Schriftführer zu unterzeichnen. Die unterzeichnete Niederschrift ist eine öffentliche Urkunde. Die Niederschrift ist nach Fertigstellung vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterschreiben und vom Kreistag zu genehmigen (Art 48 Abs. 2 LKrO). Die Niederschrift über die vorangegangene Sitzung ist im Ratsinformationssystem zu hinterlegen. Wenn bis zum Schluss der nachfolgenden Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Kreistag gemäß Art. 48 Abs. 2 LKrO genehmigt.

(5) Zur Erleichterung der Aufnahme der Niederschrift ist es dem Schriftführer gestattet, für Aufzeichnungen einen Tonträger zu verwenden. Nach Fertigstellung und Unterzeichnung der Niederschrift sind die Tonaufnahmen zu löschen.

§ 27

Einsichtnahme durch Kreisräte, Abschriften

Die Kreisräte sind berechtigt, jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse einzusehen. Sie können beim Landrat die Erteilung von Abschriften der Beschlüsse verlangen, die in öffentlicher Sitzung gefasst wurden (Art. 48 LKrO). Niederschriften über öffentliche Sitzungen werden in ein internes, nur Kreisräten zugängliches elektronisches Informationssystem eingestellt; das Recht aus Satz 2 wird hiervon nicht berührt.

§ 28

Einsichtnahme durch Kreisbürger

Kreisbürger können Einsicht in die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Kreistags nehmen und sich Kopien erteilen lassen. Für die Fertigung der Kopien können Kosten nach Maßgabe des Kostengesetzes erhoben werden (Art. 48 Abs. 3 Sätze 2 und 3 LKrO). Die in öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse werden im Internet veröffentlicht.

IV. Teil Kreistag

§ 29

Zuständigkeit des Kreistags, Fraktionen

(1) Der Kreistag ist für die in Art. 30 LKrO genannten Angelegenheiten ausschließlich zuständig. Weiterhin ist der Kreistag für die in Art. 38 Abs. 1 LKrO genannten Personalentscheidungen zuständig, soweit er diese nicht einem beschließenden Ausschuss oder dem Landrat überträgt (vgl. auch § 39 Abs. 6 Satz 2).

(2) Der Kreistag behält sich ferner vor, über folgende Angelegenheiten zu beschließen:

1. Verhängung von Ordnungsgeld gegen in Kreistagssitzungen säumige Kreisräte (Art. 42 Abs. 2 LKrO) sowie die Zustimmung zur Verhängung von Ordnungsgeldern gegen Kreisräte, welche im Rahmen einer Kreistagssitzung die Ordnung erheblich stören (Art. 47 Abs. 3 LKrO),
2. Entscheidung über die persönliche Beteiligung von Kreisräten in Angelegenheiten, die vom Kreistag behandelt werden (Art. 43 Abs. 3 LKrO),
3. Ausschluss von Kreisräten aus einer Kreistagssitzung wegen wiederholter Störung der Ordnung (Art. 47 Abs. 2 LKrO),
4. Umwandlung und Aufhebung kreiskommunaler Stiftungen,

5. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben, die im Einzelfall einen Betrag von 750.000 € übersteigen, sowie sonstiger Maßnahmen, durch die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Verbindlichkeiten des Landkreises entstehen können (Art. 60 LKrO),
 6. Besetzung (Bestellung und Abberufung) sowie Entlastung von Aufsichtsräten von Unternehmen in Privatrechtsform, sofern der Landkreis Mitglieder in die Aufsichtsräte entsendet; die Mitglieder der Aufsichtsräte werden auf Grund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen entsprechend § 33 Abs. 2 GeschO ermittelt,
 - 6a. Besetzung (Bestellung und Abberufung) von Verwaltungsräten von Kommunalunternehmen; die Mitglieder der Verwaltungsräte werden auf Grund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen entsprechend § 33 Abs. 2 GeschO ermittelt,
 7. Änderung von Gesellschaftsverträgen und Gründung, Erwerb, Übernahme sowie Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern es sich insoweit um Entscheidungen über Unternehmen des Landkreises im Sinne von Art. 84 LKrO handelt,
 8. Bestellung der vom Landkreis zu berufenden weiteren Mitglieder der Verwaltungsräte von Sparkassen (Art. 6 Abs. 1 Nr. 2, Art. 8 Abs. 2, 3 SpkG),
 9. Bestellung der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Ingolstadt (§ 40 Abs. 3 GVG),
 10. Aufstellung der Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter am Verwaltungsgericht München (§ 28 VwGO).
- (3) Die im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen können Fraktionen bilden, falls sie so stark sind, dass sie mindestens einen Sitz im Kreisausschuss erhalten. Die Fraktionen benennen einen Fraktionsvorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter.

V. Teil Ausschüsse

§ 30

Vorarbeit für den Kreistag durch den Kreisausschuss

- (1) Der Kreisausschuss bereitet die Verhandlungen des Kreistags vor (Art. 26 LKrO).
- (2) Die Vorbereitung erfolgt durch die Vorberatung des Gegenstandes. Bei Behandlung in einem Fachausschuss ist eine Kreisausschussbefassung nicht erforderlich. Entsprechendes gilt bei Angelegenheiten gemäß § 29 Abs. 2 Nrn. 6, 6a, 8, 9 und 10.

§ 31

Weitere Zuständigkeit des Kreisausschusses

Der Kreisausschuss ist in eigener Verantwortung zuständig für alle Verwaltungsaufgaben, die nicht dem Kreistag, weiteren beschließenden Ausschüssen oder dem Landrat vorbehalten sind; damit sind auch die dem Kreistag zustehenden personalrechtlichen Befugnisse einschließlich der in Art. 38 Abs. 1 LKrO genannten und ohne die in Art. 30 Nr. 9 LKrO genannten übertragen, soweit sie nicht dem Landrat durch besonderen Beschluss übertragen worden sind (vgl. §§ 39 Abs. 6, 40 Abs. 1 Nr. 3 GeschO). Er beschließt im Rahmen seiner Zuständigkeiten endgültig (Art. 26 LKrO). Der Kreistag kann Beschlüsse des Kreisausschusses nur unter den gleichen Voraussetzungen ändern oder aufheben, die für die Aufhebung seiner eigenen Beschlüsse gelten.

§ 32

Einberufung des Kreisausschusses

Der Kreisausschuss wird vom Landrat nach Bedarf einberufen. Er muss einberufen werden, wenn es die Hälfte der Mitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt. In diesem Fall hat die Sitzung unverzüglich, spätestens jedoch am 14. Tag nach Eingang des Verlangens, stattzufinden (Art. 28 LKrO).

§ 33

Bestellung des Kreisausschusses

(1) Dem Kreisausschuss gehören der Landrat und 12 Kreisräte an (Art. 27 LKrO).

(2) Die Mitglieder des Kreisausschusses werden vom Kreistag auf Grund der Vorschläge der Parteien und Wählergruppen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers mit der Berechnungsmethode nach dem sog. Höchstzahlverfahren ermittelt (vgl. Art. 35 GLKrWG). Bei gleicher Teilungszahl entscheidet die größere Zahl der bei der Wahl auf die betreffenden Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen. Das in Satz 1 festgelegte Verfahren ist ausgeschlossen, wenn die Sitzverteilung im Einzelfall zu einer Überaufrundung einer Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft zu Lasten einer anderen führt und diese Überaufrundung durch alternative Verfahren (Hare-Niemeyer oder d'Hondt) vermieden wird, ohne dass jene Verfahren zu einer Unterrepräsentation anderer Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften in Bezug auf deren rechnerische Sitzanteile führen. Eine Überaufrundung im Sinne von Satz 3 liegt vor, wenn das Berechnungsverfahren bei einer Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft eine Aufrundung um mehr als 0,99 der dieser nach der strengen Proportionalberechnung zustehenden Anzahl der Ausschusssitze bewirkt oder bewirken kann. Einzelmitglieder und kleine Gruppen des Kreistags, die auf Grund des Stärkeverhältnisses im Kreisausschuss nicht vertreten wären, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in den Kreisausschuss zusammenschließen (Ausschussgemeinschaft i.S. von Art. 27 Abs. 2 Satz 5 LKrO); dies gilt nicht, wenn dadurch eine ansonsten ausschussfähige andere Partei oder Wählergruppe den einzigen ihr zustehenden Sitz verliert. Ausschussgemeinschaften können einen Sprecher und mindestens einen Stellvertreter benennen.

(3) Die Parteien, Wählergruppen oder Ausschussgemeinschaften, auf die Sitze entfallen sind, schlagen ihre Bewerber vor, die sodann als Mitglieder des Kreisausschusses zu bestellen sind.

(4) Für jeden Kreisrat als Mitglied des Kreisausschusses wird für den Fall seiner Verhinderung ein Stellvertreter und ein weiterer Stellvertreter namentlich bestellt. Das Ausschussmitglied hat seinen Stellvertreter im Falle der Verhinderung zu verständigen und die ihm zugesandten Ladungsunterlagen zu übergeben. Dem stellvertretenden Ausschussmitglied wird von Amts wegen eine Benachrichtigung von der Sitzung zugeleitet, wenn dem Landrat vor der Ladung (vgl. § 15 GeschO) ein Vertretungsfall bekannt ist.

(5) Während der Wahlzeit im Kreistag eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen sind auszugleichen. Scheidet ein Mitglied aus der von ihm vertretenen Partei oder Wählergruppe aus, so verliert es seinen Sitz im Kreisausschuss (vgl. Art. 27 Abs. 3 LKrO).

§ 34

Jugendhilfeausschuss

(1) Der Kreistag bestellt gemäß § 70 Abs. 1 und § 71 SGB VIII und Art. 17 ff. AGSG den Jugendhilfeausschuss als ständigen beschließenden Ausschuss. Für dessen Einberufung gilt § 32 GeschO entsprechend. Dem Jugendhilfeausschuss gehören stimmberechtigte und beratende Mitglieder an.

1. Stimmberechtigte Mitglieder (§ 71 Abs. 1 SGB VIII, Art. 18 AGSG) sind
 - a) der Landrat oder das von ihm bestellte Mitglied des Kreistags als Vorsitzender,
 - b) 8 Mitglieder des Kreistags (§ 33 Abs. 2-5 GeschO gilt entsprechend),
 - c) 6 vom Kreistag gewählte Männer und Frauen auf Vorschlag der im Landkreisgebiet wirkenden anerkannten Träger der freien Jugendhilfe (insbesondere Jugendverbände und Wohlfahrtsverbände) entsprechend dem Umfang und der Bedeutung ihres Wirkens im Jugendamtsbezirk,
2. Beratende Mitglieder (Art. 19 AGSG) sind
 - a) die Leitung der Verwaltung des Jugendamts,
 - b) ein Mitglied, das als Jugend-, Familien- oder Vormundschaftsrichter tätig ist,
 - c) ein Mitglied aus dem Bereich der Schulen oder der Schulverwaltung,

- d) ein Bediensteter der zuständigen Arbeitsagentur,
 - e) eine Fachkraft, die in der Beratung im Sinne des § 28 SGB VIII (Erziehungsberatung) tätig ist,
 - f) der für den Jugendamtsbezirk zuständige kommunale Gleichstellungsbeauftragte, sofern ein solcher bestellt ist,
 - g) ein Polizeibeamter,
 - h) der Vorsitzende des Kreisjugendrings oder eine von ihm beauftragte Person, sofern der Vorsitzende des Kreisjugendrings dem Jugendhilfeausschuss nicht bereits als stimmberechtigtes Mitglied angehört,
 - i) Mitglieder aus dem Bereich der Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts.
- (2) Für jedes Mitglied des Jugendhilfeausschusses ist ein Stellvertreter zu bestellen (Art. 18 Abs. 3, Art. 19 Abs. 3 AGSG). Scheidet ein stimmberechtigtes Mitglied, das nicht dem Kreistag angehört, vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist ein stimmberechtigtes Ersatzmitglied zu wählen (Art. 22 Abs. 3 Satz 1 AGSG). Scheidet ein beratendes Mitglied vor Ablauf der Wahlzeit aus, ist nach Art. 19 Abs. 2 AGSG ein Ersatzmitglied zu benennen.
- (3) Ein beratendes Mitglied kann nicht Stellvertreter eines stimmberechtigten Mitglieds sein. Auf eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen und Männern soll hingewirkt werden.

§ 35

Rechnungsprüfungsausschuss

Der Kreistag bildet aus seiner Mitte einen Rechnungsprüfungsausschuss mit 7 Mitgliedern und bestimmt ein Ausschussmitglied zum Vorsitzenden (Art. 89 Abs. 2 LKrO). Als Ausschussmitglied und als Ausschussvorsitzender kann auch der Landrat bestellt werden. Ferner bestellt der Kreistag für jedes Ausschussmitglied einen Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter für den Fall seiner Verhinderung und bestimmt, welches Ausschussmitglied bei Verhinderung des Ausschussvorsitzenden den Vorsitz führen soll. Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt, soweit er vorberatend tätig ist, nichtöffentlich.

§ 36

Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft, ÖPNV und Mobilität

- (1) Für die Angelegenheiten des Tourismus (einschließlich Naherholung und Naturpark Altmühltal), der Wirtschaft, des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und für weitere Angelegenheiten der verkehrlichen Mobilität bestellt der Kreistag einen Ausschuss für Tourismus, Wirtschaft, ÖPNV und Mobilität als beschließenden Ausschuss.
- (2) Für die Bestellung und Einberufung des Ausschusses gelten die §§ 32 und 33 GeschO entsprechend.
- (3) Dem Ausschuss können nur Kreisräte angehören. Andere Personen können als Berater von Fall zu Fall zugezogen werden (Art. 29 LKrO).

§ 37

Natur-, Umwelt- und Klimaausschuss

- (1) Für das Natur- und Umweltprogramm des Landkreises Eichstätt sowie für weitere kreiskommunale Angelegenheiten die Natur, die Umwelt und das Klima betreffend, bestellt der Kreistag einen Natur-, Umwelt- und Klimaausschuss als beschließenden Ausschuss.
- (2) Für die Bestellung und Einberufung des Ausschusses gelten die §§ 32 und 33 GeschO entsprechend.
- (3) Dem Ausschuss können nur Kreisräte angehören. Andere Personen können als Berater von Fall zu Fall zugezogen werden (Art. 29 LKrO).

§ 37a

Ausschuss für Soziales

(1) Für die Angelegenheiten der Gesundheit, der Pflege, der Rehabilitation, der Förderung des Ehrenamts, der Familien, des sozialen Wohnungsbaus, der Sozialhilfe, des senienpolitischen Gesamtkonzepts, des demografischen Wandels und weiterer sozialer Angelegenheiten bestellt der Kreistag einen Ausschuss für Soziales als vorberatenden Ausschuss.

(2) Für die Bestellung und Einberufung des Ausschusses gelten die §§ 32 und 33 GeschO entsprechend.

(3) Dem Ausschuss können nur Kreisräte angehören. Andere Personen können als Berater von Fall zu Fall zugezogen werden (Art. 29 LKrO).

§ 38

Geschäftsgang der Ausschüsse

(1) Für den Geschäftsgang des Kreisausschusses und der sonstigen Ausschüsse mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses gelten die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung für den Kreistag, insbesondere die §§ 11 bis 28 entsprechend, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen hierfür bestehen.

(2) Kreisräte können auch in nichtöffentlichen Sitzungen von Ausschüssen, denen sie nicht angehören, als Zuhörer anwesend sein. Ein Mitspracherecht steht ihnen ebenso wie in öffentlicher Sitzung von Ausschüssen, denen sie nicht angehören, nicht zu. In Einzelfällen kann ein Ausschuss jedoch Kreisräten als Nichtmitgliedern des Ausschusses zu bestimmten Tagesordnungspunkten das Wort erteilen, wenn dies für die Behandlung des Beratungsgegenstandes sachdienlich ist; soweit die Kreisräte zu einem Beratungsgegenstand einen Sachantrag gestellt haben, soll ihnen dazu das Wort erteilt werden.

VI. Teil

Landrat und Stellvertreter

§ 39

Zuständigkeit des Landrats

(1) Der Landrat vertritt den Landkreis nach außen. Der Umfang der Vertretungsmacht ist auf seine Befugnisse beschränkt (Art. 35 Abs. 1 LKrO).

(2) Der Landrat führt den Vorsitz im Kreistag, im Kreisausschuss und in den weiteren Ausschüssen (Art. 33 LKrO; vgl. auch § 20 GeschO). Soweit es ihm durch Gesetz gestattet ist (vgl. Art. 17 Abs. 3 AGSG), kann er den Vorsitz auf einen Vertreter übertragen. Für den Rechnungsprüfungsausschuss gilt § 35 Satz 2 GeschO. Der Landrat führt die Geschäfte des Landkreises gemäß den Gesetzen und Beschlüssen der Kreissorgane.

(3) Der Landrat bereitet die Sitzungsgegenstände vor; er vollzieht die Beschlüsse und beanstandet solche Entscheidungen, die er für rechtswidrig hält, setzt ihren Vollzug aus und führt, soweit erforderlich, die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 54 LKrO); von einer solchen Aussetzung hat er den Kreistag bzw. den beschließenden Ausschuss unverzüglich zu verständigen.

(4) Der Landrat ist zuständig zur Regelung der innerdienstlichen Angelegenheiten des Landratsamts (z.B. Dienstanweisungen und Hausordnungen, Geschäftsverteilungspläne, Zeichnungsbefugnis, Personal- und Materialeinsatz, Arbeitszeitregelung im Rahmen der geltenden Arbeitszeitordnungen, Zahlungsanordnung und deren Übertragung).

(5) Der Landrat ist ferner zuständig für die Angelegenheiten der §§ 40 bis 42 GeschO.

(6) Darüber hinaus kann der Kreistag durch Änderung bzw. Ergänzung dieser Geschäftsordnung weitere Verwaltungsaufgaben dem Landrat zur selbständigen Erledigung übertragen, soweit es sich nicht um Angelegenheiten im Sinne Art. 34 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. Art. 30 LKrO handelt. Für die Übertragung der personalrechtlichen Befugnisse nach Art. 38 Abs. 1 Satz 3 LKrO ist ein Beschluss des Kreistags nötig, der der Mehrheit der stimmberechtigten Kreistagsmitglieder bedarf (Art. 38 Abs. 1 Satz 4 LKrO).

§ 40**Einzelne Aufgaben des Landrats**

(1) Der Landrat erledigt in eigener Zuständigkeit

1. die laufenden Angelegenheiten, die für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LKrO),
2. die Angelegenheiten des Landkreises, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheimzuhalten sind (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 LKrO),
3. weitere Angelegenheiten, die ihm durch Beschluss des Kreistags übertragen sind (Art. 34 Abs. 2 und Art. 38 Abs. 1 Satz 3 LKrO),
4. die in Art. 38 Abs. 2 LKrO genannten Personalentscheidungen.

(2) Zu den laufenden Angelegenheiten i.S. des Abs. 1 Nr. 1 bzw. zu den nach Abs. 1 Nr. 3 übertragenen Angelegenheiten gehören insbesondere:

1. der Vollzug der Satzungen und Verordnungen des Landkreises,
2. der Abschluss von bürgerlich-rechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verträgen (z.B. Kauf-, Miet-, Pacht-, Werk-, Werklieferungsverträge; Straßenbaukosten-, Anschlussgebühren-, Benutzungsverträge) und die Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rechtshandlungen (z.B. Stundung, Erlass, Gewährung von Teilzahlungen, grundbuchrechtliche Erklärungen) bis zu einer Wertgrenze des Rechtsverhältnisses von 250.000 €, sowie die Kündigung oder der Rücktritt von diesen Verträgen (sofern der Gegenstandswert 100.000 € übersteigt, wird der Kreisausschuss informiert); bei Dauerschuldverhältnissen (= Schuldverhältnisse, die für einen längeren Zeitraum als ein Jahr abgeschlossen und ordentlich kündbar sind) ist für die Bemessung dieser Wertgrenze der auf ein Jahr entfallende Betrag maßgeblich; ohne Rücksicht auf die Wertgrenze sind laufende Angelegenheiten der regelmäßig sich wiederholende Kauf von Verbrauchsmaterialien (z.B. Energie, Energieträger, Streumaterial), die Anlage von Kassenbeständen und Rücklagen, die außerplanmäßige Tilgung von Krediten und Veränderungen von Zinsfestschreibungen bei Krediten und deren Umschuldung; außerdem die Abgabe von Prozessklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen, wenn der Rechtsstreit für den Landkreis keine grundsätzliche Bedeutung hat und der Streitwert voraussichtlich 250.000 € nicht übersteigt (sofern der Streitwert 100.000 € übersteigt, wird der Kreisausschuss informiert); beim Abschluss von bürgerlich-rechtlichen Verträgen und bei der Vornahme sonstiger bürgerlich-rechtlicher Rechtshandlungen im Zusammenhang mit Grundstücksangelegenheiten ist der Landrat von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und berechtigt, Bediensteten des Landratsamts Vollmacht und Untervollmacht zu erteilen,
3. der Abschluss von nachträglichen Vertragsergänzungen und Vertragsänderungen oder von nachträglichen Mengenmehrungen zu Bauaufträgen und Liefer- und Dienstleistungsaufträgen (Nachtragsaufträge) bis zu einer Wertgrenze von insgesamt 250.000 €, höchstens aber 10% des Werts des zugrundeliegenden Auftrags, es sei denn, der einzelne Nachtragsauftrag liegt unter der Wertgrenze von 25.000 € (sofern der Nachtragsauftrag 100.000 € übersteigt, wird der Kreisausschuss informiert),
4. die Gewährung von freiwilligen Zuweisungen und Zuschüssen im Rahmen des Haushaltsplans, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 2.000 € nicht übersteigen; gelten Zuschussrichtlinien, so erhöht sich der genannte Betrag bei Investitionszuweisungen und -zuschüssen auf 10.000 € und bei laufenden Zuweisungen und Zuschüssen auf den im Haushaltsplan insgesamt festgesetzten Betrag,
5. die Leistung von Betriebs- und Investitionszuschüssen, Verlustausgleichsleistungen/Defizitausgleichen und Darlehen an das Unternehmen „Kliniken im Naturpark Altmühltal“ bis zur Höhe der im Kreishaushalt veranschlagten und verfügbaren Haushaltsmittel,
6. die datenschutzrechtliche Freigabe von automatisierten Verfahren, mit denen personenbezogene Daten in Kreisangelegenheiten verarbeitet werden,
7. die Genehmigung zur Verwendung des Landkreiswappens.

(2) Soweit Aufgaben nach Abs. 2 nicht unter Art. 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LKrO fallen, werden sie hiermit dem Landrat gemäß Art. 34 Abs. 2 LKrO zur selbständigen Erledigung übertragen.

§ 41**Vollzug des Haushaltsplans; überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben**

(1) Der Landrat vollzieht den Haushaltsplan nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistags, des Kreisausschusses oder der weiteren Ausschüsse sowie seiner eigenen Zuständigkeit, insbesondere nach §§ 39, 40 und 42 GeschO.

(2) Der Landrat ist berechtigt, Kassenkredite im Rahmen des durch die Haushaltssatzung (Art. 67 LKrO) festgelegten Höchstbetrages aufzunehmen.

(3) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (vgl. Art. 60 Abs. 1 LKrO). Der Landrat ist berechtigt, die Deckungsreserve sowie bis zur Höhe von 100.000 € Mittel, die durch anderweitige Einsparungen zur Verfügung stehen, und Mehreinnahmen in Anspruch zu nehmen.

§ 42**Dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte**

(1) Der Landrat ist befugt, an Stelle des Kreistags, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen (Art. 34 Abs. 3 LKrO). Dringliche Anordnungen sind solche, die innerhalb eines Zeitraumes erlassen werden müssen, in dem eine Kreistags-, Kreisausschuss- oder sonstige Ausschusssitzung nicht stattfinden kann. Unaufschiebbare Geschäfte sind solche, deren Aufschub bis zur Erledigung durch den Kreistag, Kreisausschuss oder sonstigen zuständigen Ausschuss einen erheblichen Nachteil für die Angelegenheit, den Landkreis oder einen Einzelnen zur Folge hätten.

(2) Der Landrat hat dem Kreistag oder dem sonstigen zuständigen Ausschuss in der nächsten Sitzung von Anordnungen und der Besorgung von Geschäften gemäß Abs. 1 Kenntnis zu geben (Art. 34 Abs. 3 Satz 2 LKrO).

§ 43**Delegation von Aufgaben und Befugnissen auf Personal des Landratsamts**

(1) Dem Landrat stehen für seine Geschäfte die dem Landratsamt zugewiesenen Staatsbediensteten und die Kreisbediensteten zur Seite. Der Landrat weist ihnen ihre Aufgabe zu. Er kann seine Befugnisse in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung teilweise den Staatsbediensteten oder den Kreisbediensteten übertragen und hierbei entsprechende Zeichnungsvollmacht erteilen; eine darüber hinausgehende Übertragung bedarf der Zustimmung des Kreistags (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Der Landrat kann Staatsbediensteten Kreisangelegenheiten und Kreisbediensteten Staatsangelegenheiten übertragen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Er kann ihnen dabei in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung auch das Zeichnungsrecht übertragen (Art. 37 Abs. 4 LKrO). Eine Übereinstimmung zwischen Geschäftsverteilung und Regelung des Zeichnungsrechts ist anzustreben.

(2) Der Landrat führt die Dienstaufsicht über die Staats- und Kreisbediensteten, er übt ferner die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Kreisbeamten aus (Art. 37 Abs. 3, 38 Abs. 3 LKrO).

§ 44**Vollzug der Staatsaufgaben**

Im Vollzug der Staatsaufgaben (§ 2 Abs. 2 GeschO) wird der Landrat als Organ des Staates tätig und untersteht lediglich den Weisungen seiner vorgesetzten Dienststellen (Art. 37 Abs. 6 LKrO).

§ 45**Stellvertreter des Landrats**

(1) Der gewählte Stellvertreter des Landrats hat den Landrat für den Fall seiner Verhinderung in allen seinen Geschäften (Staats- und Kreisaufgaben) zu vertreten. Bei Abwesenheit des Landrats entscheidet dieser über die Notwendigkeit der Stellvertretung, soweit die laufende Verwaltung des Landratsamts durch Zeichnungsvollmacht nach Art. 37 Abs. 4 LKrO nicht gewährleistet ist.

(2) Der Landrat soll den gewählten Stellvertreter im Hinblick auf den Vertretungsfall laufend über die grundsätzlichen Angelegenheiten des Landratsamts informieren.

(3) Ist auch der gewählte Stellvertreter verhindert, so vertritt den Landrat

- a) im Kreistag und in den Ausschüssen der aus der Mitte des Kreistags bestellte weitere Vertreter, bei dessen Verhinderung das älteste anwesende Kreistagsmitglied,
- b) im Übrigen ein Beamter der vierten Qualifikationsebene, den der Landrat bestimmt, bei dessen Verhinderung der dienstälteste juristische Beamte.

Zum weiteren Stellvertreter können nur Deutsche im Sinn des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes bestellt werden (Art. 32 Abs. 4 Halbsatz 2 LKrO).

(4) Der Landrat hat seine Stellvertreter schriftlich besonders zu verpflichten, alle Angelegenheiten geheimzuhalten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise hat der Landrat Bedienstete zu verpflichten, bevor sie mit solchen Angelegenheiten befasst werden.

VII. Teil Landratsamt

§ 46 Landratsamt

(1) Das Landratsamt ist Verwaltungsbehörde des Landkreises (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 2 GeschO) und untere staatliche Verwaltungsbehörde (vgl. § 2 Abs. 2 GeschO). Das Personal des Landratsamts erhält Anweisungen ausschließlich vom Landrat und nach Maßgabe der Geschäftsverteilung von anderen Vorgesetzten.

(2) Die Geschäftsverteilung richtet sich nach dem vom Landrat zu erlassenden Geschäftsverteilungsplan (Art. 40 Abs. 3 LKrO).

(3) Das Landratsamt ist verpflichtet, in Kreisangelegenheiten jedem Kreisrat Auskunft zu erteilen, der um eine solche Auskunft beim Landrat nachsucht (Art. 23 Abs. 2 Satz 2 LKrO). Hierbei kann der Landrat im Einzelfall auch die Akteneinsicht gestatten.

VIII. Teil Schlussbestimmung

§ 47 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 11. Mai 2020 außer Kraft.

Eichstätt, 11. Mai 2026

gez.

Alexander Anetsberger
Landrat

128 Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürger

Der Kreistag des Landkreises Eichstätt erlässt aufgrund der Art. 14a und 17 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKrO) folgende Satzung

§ 1

Die Kreisräte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60 €.

§ 2

(1) Für die Teilnahme an einer Sitzung des Kreistags oder eines Ausschusses erhalten die Kreisräte je Sitzung eine Entschädigung in Höhe von 60 €, für die Teilnahme an jeweils einer Sitzung der Fraktion bzw. Ausschussgemeinschaft vor einer Kreistagsitzung eine Entschädigung (incl. pauschaler Wegstreckenentschädigung) in Höhe von 40 €.

(2) Für außerhalb des Sitzungsorts wohnende Kreisräte wird bei Kreistags- und Ausschusssitzungen eine Wegstreckenentschädigung aus triftigen Gründen nach Art. 6 Abs. 1 des Bayer. Reisekostengesetzes gezahlt (derzeit 0,40 € je Kilometer), höchstens jedoch die nach dem geltenden Steuerrecht als steuerfrei anerkannte Wegstreckenentschädigung gezahlt.

(3) Arbeitnehmern wird der ihnen entstandene nachgewiesene Verdienstausfall auf Grund einer Teilnahme an einer Kreistags- oder Ausschusssitzung ersetzt. Der Betrag der entgangenen Vergütung oder des entgangenen Lohnes ist durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen.

(4) Selbständig Tätige und Nichterwerbstätige, die einen Familienhaushalt führen, erhalten für die durch die Teilnahme an einer Kreistags- oder Ausschusssitzung entstehende Zeitversäumnis eine Verdienstausfallentschädigung in Höhe von 15 € für jede angefangene Stunde Sitzungsdauer. Für die Hin- und Rückreise zum Sitzungsort wird eine Stunde hinzugerechnet.

(5) Personen, die keine Ersatzansprüche nach Abs. 3 und 4 haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich durch die Teilnahme an einer Kreistags- oder Ausschusssitzung ein Nachteil entsteht, der nur durch das Heranziehen einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten gegen Nachweis eine Entschädigung in Höhe des Entschädigungssatzes nach Abs. 4.

§ 3

Die Vorsitzenden der Fraktionen bzw. Ausschussgemeinschaften der im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen erhalten neben den Entschädigungen nach §§ 1 und 2 zur Deckung ihres Aufwands und des Aufwands der Fraktion bzw.

Ausschussgemeinschaft eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20 € je Mitglied der Fraktion bzw. Ausschussgemeinschaft.

§ 4

Die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 gelten für ehrenamtlich tätige Kreisbürger, die nicht Kreisräte sind (sonstige ehrenamtlich tätiger Kreisbürger), vorbehaltlich vorrangiger gesetzlicher Regelungen entsprechend, soweit die Tätigkeit nicht zu ihrem Aufgabenkreis im öffentlichen Dienst gehört oder damit im Zusammenhang steht. Über eine davon abweichende Entschädigung sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürger entscheidet vorbehaltlich vorrangiger gesetzlicher Regelungen der Kreisausschuss.

§ 5

(1) Der gewählte Stellvertreter des Landrats (Art. 32 LKrO) erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 18% der Grundvergütung des Landrats zuzüglich einer pauschalen Wegstreckenentschädigung in Höhe von 700 €; je Vertretungstag erhält der gewählte Stellvertreter außerdem 100 €.

(2) Weitere Stellvertreter des Landrats (Art. 36 LKrO) erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 9% der Grundvergütung des Landrats zuzüglich einer pauschalen Wegstreckenentschädigung in Höhe von 300 €; je Vertretungstag erhält der weitere Stellvertreter außerdem 65 €.

§ 6

(1) Die Empfänger sind für die ordnungsgemäße steuerliche Behandlung der ihnen zufließenden Beträge selbst verantwortlich.

(2) Der Landkreis Eichstätt übermittelt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (Mitteilungsverordnung – MV), die aufgrund dieser Satzung ausgezahlten Beträge jährlich elektronisch an die Finanzbehörden.

§ 7

Diese Satzung tritt am 1. Mai 2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonstiger ehrenamtlich tätiger Kreisbürger vom 11. Mai 2020 außer Kraft.

Eichstätt, 11. Mai 2026

gez.

Alexander Anetsberger
Landrat

129 Nachruf: Ehrenkreisbrandmeister Walter Müller

Nachruf

Am 23. April 2026 ist Herr

**Walter Müller
Ehrenkreisbrandmeister**

im Alter von 68 Jahren verstorben.

Walter Müller war von 2004 bis 2018 als Gebiets-Kreisbrandmeister in den Gemeinden Schernfeld, Dollnstein und Mörsheim für insgesamt 14 Feuerwehren zuständig.

Für seine Verdienste um das Feuerwehrwesen erhielt Walter Müller das Ehrenkreuz in Gold des Bayerischen - und das Ehrenkreuz in Silber des Deutschen-Feuerwehrverbandes. Auf Landkreisebene wurde er mit den höchsten Auszeichnungen, dem Ehrenkreuz und der Ehrennadel jeweils in Gold, gewürdigt.

Der Landkreis Eichstätt dankt dem Verstorbenen für sein Engagement und seine langjährige ehrenamtliche und verdienstvolle Tätigkeit. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Eichstätt, 29.04.2026
Landratsamt Eichstätt

Alexander Anetsberger
Landrat

Bekanntmachungen der Stadt Eichstätt

130 Bekanntmachung nach §§ 42 Abs. 3, 50 Abs. 5 des Bundesmeldegesetzes (BMG) über das Widerspruchsrecht gegen Melderegisterauskünfte

Bürgerinnen und Bürger haben nach dem Bundesmeldegesetz die Möglichkeit, gegen einzelne regelmäßige oder auf Anfrage durchzuführende Datenübermittlungen der Meldebehörde Widerspruch zu erheben:

- **Widerspruch gegen Datenübermittlungen nach § 42 Absatz 3 BMG an öffentliche-rechtliche Religionsgesellschaften.**
Haben Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft Familienangehörige, darf die Meldebehörde von diesen Familienangehörigen Daten übermitteln. Familienangehörige sind Ehegatte oder Lebenspartner, minderjährige Kinder und die Eltern von minderjährigen Kindern.
Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, haben das Recht, der Übermittlung ihrer Daten zu widersprechen.
- **Widerspruch der Datenübermittlung nach § 50 Absatz 5 BMG:**
 - Nach § 50 Abs. 1 des Bundesmeldegesetzes (BMG) darf die Gemeinde als Meldebehörde im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen den Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen Auskunft aus dem Melderegister über Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Wahlberechtigten erteilen, die nach ihrem Lebensalter bestimmten Gruppen zugeordnet werden (sog. Gruppenauskunft). Die Gemeinde bzw. Meldebehörde darf, falls einer Datenübermittlung nicht widersprochen wurde, Daten nur in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorausgehenden Monaten übermitteln.
 - Nach § 50 Abs. 2 des Bundesmeldegesetzes (BMG) darf Mandatsträgern, Presse oder Rundfunk auf Verlangen Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern erteilt werden. Die Meldebehörden geben Auskunft über Name, Vorname, Doktorgrad, Anschrift sowie Datum und Art des Jubiläums. Altersjubiläum sind der 70. Geburtstag, jeder fünfte weitere Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jeder folgende Geburtstag. Ehejubiläum sind das 50. und jedes folgende Ehejubiläum.
 - Nach § 50 Abs. 3 des Bundesmeldegesetzes (BMG) darf die Meldebehörde Adressbuchverlagen für die Herausgabe von Adressbüchern Auskunft zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erteilen über Name, Vorname, Doktorgrad, derzeitige Anschrift.

Die Meldebehörde hat einmal jährlich die Einwohner gem. § 42 Abs. 3 und § 50 Abs. 5 des Bundesmeldegesetzes (BMG) über die Möglichkeit der Übermittlungssperren nach diesem Gesetz zu unterrichten.

Ein Widerspruch kann schriftlich oder mündlich bei der Meldebehörde eingelegt werden; er bedarf keiner Begründung, ist von keinen

Voraussetzungen abhängig und gilt solange, bis er durch eine gegen-
teilige Erklärung widerrufen wird.
Die Einrichtung von Übermittlungssperren sowie deren Aufhebung ist
kostenlos.
Bereits in den Vorjahren eingetragene Übermittlungssperren bleiben
weiterhin bestehen.

Eichstätt, 07.05.2026

gez.

Josef Grienberger
Oberbürgermeister

**131 Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemein-
deverfassungsrechts vom 08.05.2026**

Die Große Kreisstadt Eichstätt erlässt aufgrund der Art.20 a Abs. 1 Satz 2 und
Abs. 2, 23, 32, 33, 34 Abs. 2 und 4, 35 Abs. 1 Satz 2, 40, 41, 88 und 103 der
Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekannt-
machung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt ge-
ändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637), fol-
gende Satzung:

**§ 1
Zusammensetzung des Stadtrats**

Der Stadtrat besteht aus der berufsmäßigen Oberbürgermeisterin bzw. dem be-
rufsmäßigen Oberbürgermeister und 24 ehrenamtlichen Mitgliedern.

**§ 2
Ausschüsse**

- (1) Der Stadtrat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufga-
ben folgende Ausschüsse:
 - a) den Hauptverwaltungs-, Werk-, Stiftungs- und Wirtschaftsaus-
schuss, bestehend aus dem/der Vorsitzenden und vierzehn eh-
renamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - b) den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, bestehend aus
dem/der Vorsitzenden und acht ehrenamtlichen Stadtratsmitglie-
dern,
 - c) den Ausschuss für Tourismus, Kultur, Bildung, Jugend, Sport,
Soziales und Märkte, bestehend aus dem/der Vorsitzenden und
acht ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - d) den Haushalts- und Finanzausschuss, bestehend aus dem Vor-
sitzenden und sechs ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - e) den Ferienausschuss, bestehend aus dem/der Vorsitzenden und
vierzehn ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - f) den Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus dem/der Vor-
sitzenden und sechs weiteren ehrenamtlichen Stadtratsmitglie-
dern.

- (2) ¹Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchst. a) - e) genannten Ausschüs-
sen führt die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister.
²Ein aus der Mitte des Stadtrates durch Beschluss bestimmtes Mitglied
führt den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss, eine Stellvertre-
terin bzw. ein Stellvertreter wird ebenfalls bestimmt.

- (3) ¹Die Ausschüsse sind vorberatend tätig, soweit die Geschäftsordnung
dies vorsieht und der Stadtrat selbst zur Entscheidung zuständig ist.
²Im Übrigen beschließen sie anstelle des Stadtrats (beschließende
Ausschüsse).

- (4) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der
Geschäftsordnung des Stadtrats, soweit es nicht durch gesetzliche
Bestimmungen festgelegt ist.

**§ 3
Tätigkeit der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder;
Entschädigung**

- (1) ¹Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder erstreckt sich
auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des
Stadtrats und seiner Ausschüsse. ²Außerdem können einzelnen Mit-
gliedern besondere Verwaltungs- und Überwachungsbefugnisse nach
näherer Vorschrift der Geschäftsordnung übertragen werden.

- (2) ¹Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit als
Entschädigung einen Pauschalbetrag von monatlich 150,00 Euro, so-
wie ein Sitzungsgeld von je 60,00 Euro für die notwendige Teilnahme
an Sitzungen des Stadtrats, eines Ausschusses, eines von der Stadt ge-
tragenen Stiftungsausschusses, Aufsichtsrates, Beirates, Kuratoriums,
Vergabegremiums und dergleichen. ²Sofern ein Sitzungsgeld von an-
derer Seite gewährt wird (z.B. von einer GmbH oder einer Stiftung),
entfällt das Sitzungsgeld von Seiten der Stadt.

- (3) ¹Die Fraktionsvorsitzenden erhalten aufgrund ihres höheren Aufwan-
des als Entschädigung einen Pauschalbetrag von monatlich 300,00
Euro anstelle des monatlichen Pauschalbetrages nach Absatz 2, zuzüg-
lich 5,00 Euro für jedes Mitglied der Fraktion (Stadträte und Ortsspre-
cher).

²Jeweils ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender, der einer Fraktion
von mindestens fünf Mitgliedern angehört, erhält aufgrund seines hö-
heren Aufwandes als Entschädigung einen Pauschalbetrag von monat-
lich 200,00 Euro anstelle des monatlichen Pauschalbetrages nach Ab-
satz 2.

³Für jede Fraktion wird ein Sockelbetrag von jährlich 155,00 Euro ge-
währt, für jedes einer Fraktion angehörende Stadtratsmitglied (Stadt-
räte und Ortssprecher) wird zusätzlich ein Betrag von jährlich 15,00
Euro an die Fraktion gewährt.

⁴Sofern sich einzelne Stadtratsmitglieder zu einer Ausschussgemein-
schaft zusammenschließen und Fraktionsstärke bzw. die notwendige
Mitgliederzahl nach Satz 2 erreichen, gelten die Sätze 1, 2 und 3 ana-
log.

⁵Den Fraktionen wird von der Verwaltung ein Raum in städtischen
Gebäuden je nach Verfügbarkeit für Fraktionssitzungen zur Verfü-
gung gestellt.

- (4) ¹Stadtratsratsmitglieder, die Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer
sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des ihnen aufgrund der
notwendigen Teilnahme an Sitzungen entstandenen nachgewiesenen
Verdienstaufschlags. ²Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschal-
entschädigung von 15,00 Euro je volle Stunde für den Verdienstaufschlag,
der durch Zeitversäumnis ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist.
³Sonstige Stadtratsmitglieder, denen im beruflichen oder häuslichen
Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachho-
len versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft aus-
geglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von
15,00 Euro je volle Stunde. ⁴Nachgewiesene Kosten für eine notwen-
dige Betreuung von im Haushalt der ehrenamtlich tätigen Stadtrats-
mitglieder lebenden

- a) Kindern, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
b) Kindern mit Behinderung, die auf Hilfe angewiesen sind, oder
c) Angehörigen im Sinne von Art. 20 Abs. 5 BayVwVfG mit festge-
stelltem Pflegegrad
nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI)

werden bis zu einem Höchstbetrag von 15,00 Euro für jede volle
Stunde der Sitzungsdauer ersetzt; für Personen, denen eine Entschädi-
gung nach Satz 3 zusteht, gilt dies nur, soweit die erstattungsfähigen
Betreuungskosten diese Entschädigung übersteigen. ⁵Die Ersatzleis-
tungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.

- (5) Die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder erhalten für auswärtige Tätigkeit Reisekosten und Tagegelder nach den Bestimmungen des Bayerischen Reisekostengesetzes.
- (6) Die Absätze 2 bis 5 gelten für Ortssprecher entsprechend.

**§ 4
Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister ist Beamter auf Zeit.

**§ 5
Weitere Bürgermeister**

Die weiteren Bürgermeister sind Ehrenbeamte.

**§ 6
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 27.11.2020 außer Kraft.

Eichstätt, 08.05.2026

gez.
Josef Grienberger
Oberbürgermeister

Bekanntmachungen anderer Behörde

Markt Gaimersheim

132 Amtliche Bekanntmachung der Geschäftsordnung für den Marktgemeinderat Gaimersheim

Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung am 06.05.2026 die Geschäftsordnung für den Marktgemeinderat beschlossen. Die Geschäftsordnung tritt am 01.05.2026 in Kraft.

Ab dem 14.05.2026 liegt die Geschäftsordnung während der allgemeinen Dienststunden in der Gemeindeverwaltung im Rathaus, Marktplatz 3 in Gaimersheim (Zimmer Nr. 15) zur allgemeinen Einsicht aus.

Gaimersheim, den 12.05.2026

gez.

Andrea Mickel
Erste Bürgermeisterin

133 Bekanntmachung: Satzung zur Regelung der Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts des Marktes Gaimersheim

Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung am 06.05.2026 die Satzung zur Regelung der Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts des Marktes Gaimersheim beschlossen. Die Satzung tritt am 01.05.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung der Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts des Marktes Gaimersheim vom 02.10.2020 außer Kraft.

Ab diesem Zeitpunkt liegt die Satzung während der allgemeinen Dienststunden in der Gemeindeverwaltung im Rathaus, Marktplatz 3 in Gaimersheim (Zimmer Nr. 15) zur Einsicht aus.

Gaimersheim, den 12.05.2026

gez.

Andrea Mickel
Erste Bürgermeisterin

Geschäftsstelle der Zweckverbände zur Wasserversorgung Altmühltal

Denkendorf – Kipfenberg Eichstätter Berggruppe

134 Haushaltssatzung 2026

**Zweckverband zur Wasserversorgung
Denkendorf-Kipfenberg**

Landkreis Eichstätt

für das Haushaltsjahr 2026

I.

Auf Grund der Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) und Art. 63 ff. der Gemeindeordnung (GO) erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit **2.666.381 €**
und
im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit **795.715 €.**

§ 2

Eine Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsmaßnahmen wird nicht festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Betriebskostenumlage: Eine Betriebskostenumlage wird nicht erhoben.

Investitionsumlage: Eine Investitionsumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **250 000,00 €** festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt zum 1. Januar 2026 in Kraft.

II.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Das Landratsamt Eichstätt hat mit Schreiben vom 12.05.2026 den Haushalt 2026 rechtlich gewürdigt.

III.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan liegen während des ganzen Jahres für die Dauer ihrer Gültigkeit in der Geschäftsstelle der Wasserzweckverbände Eichstätt, Römerstraße 23, 85072 Eichstätt, während der allgemeinen Geschäftsstunden, zur Einsichtnahme aus.

Eichstätt,

Claudia Forster
Verbandsvorsitzende